

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis halbjährlich 70 Pfennig frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Verkehr monatlich 1.80 Mk.; Einzelnummern 10 Pf. Großstadt Nr. 50 bei der Oberamtspoststelle Reichenbürg Zweigst. Wildb. : Bankkonto: Enztalbank Romm.-Verl. Haberle & Co. Wildbad. : Postfachkonto Stuttgart, 29 174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Bez. Grundr. 12 Pfg., außerb. 15 einseit. Inf.-Steuer. Reklamezeile 30 Pfg. : Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Auskunfterstellung werden jeweils 10 Pfg. mehr berechnet. : Schluss der Anzeigennahme tägl. 8 Uhr vorm. : In Kontofällen od. wenn gerichtl. Beitreibung notw. wird, fällt jede Nachzahlung weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung Theodor Gack in Wildbad, Wilhelmstraße A 151; Wohnung: Charlottenstraße 221

Nummer 169

Freitag 179

Wildbad, Montag, den 21. Juli, 1924

Freitag 179

Jahrgang 59.

Eine Woche Kon...enz

Die drei Ausschüsse

Das Ergebnis der ersten Verhandlungswoche liegt vor. Es besteht in den Berichten der drei Ausschüsse. Auf der Grundlage dieser Berichte soll die Vollversammlung zu ihren Beschlüssen, sollen Mac Donald und Herriot zu einer Einigung kommen. Wir glauben nicht, daß die Einigung ohne ein Nachwort Amerikas erfolgen kann, denn in den Vorschlägen der Ausschüsse herrscht nach wie vor — der Zwiespalt.

Der erste, der sogenannte politische Ausschuss, hatte die Frage künftiger Sanktionen im Fall deutscher Nichterfüllung zu behandeln. Erste Unterfrage: Wer soll entscheiden? England und Amerika wünschten einen unparteiischen Gerichtshof. Die Franzosen verlangten die Entschädigungskommission. England und Amerika fügten sich dem französischen Verlangen. Ministerialdirektor Beretti della Rocca, das Faktotum des verschlossenen Herrn Poincaré, legte mit der von ihm ausgearbeiteten Denkschrift. Die Entschädigungskommission also, dieselbe Stelle, die für alle Vertragsbrüche und Gewalttaten Frankreichs in den letzten Jahren den sadenscheinigen Rechtsgrund abgab, dieselbe Diktatmaschine, die auch die „Verfälschungen“ bei den geforderten Kohlen- und Holzlieferungen feststellte und so den Vorwand für den Einmarsch in das Ruhrgebiet schuf, diese Kommission soll auch künftig das Nachwort sprechen, wenn nach ihrer Meinung Deutschland bei der Erfüllung des Dawesplans im Rückstand bleibt.

Die zweite Unterfrage des ersten Ausschusses lautete: Müssen künftige Sanktionen gemeinschaftlich oder dürfen sie auch von einem einzelnen Staat gegen Deutschland angewandt werden? Die Franzosen forderten natürlich Vollmacht für ein alleiniges Vorgehen. Darauf kommt es ihnen an. Wenn Herriot tausendmal die Einigung mit England predigt und die Versöhnung mit Deutschland verspricht, die Mächte hinter den Kulissen seiner parlamentarischen Mehrheit sind stärker. Sie wollen die politische Oberaufsicht und die freie militärische Hand behalten auch bei rein geschäftlicher Regelung der Entschädigung... Hier rief nun den Engländern in dem ersten Unterausschuss die Geduld. Der Vorsitzende Snowden, unterstützt von dem zweiten britischen Vertreter mit dem deutschen Namen Niemeyer, erklärte, es werde der französischen Partei nicht gelingen, die wesentliche Unterfrage zu verwischen, ob künftige Nichterfüllung gegenüber dem Friedensvertrag oder Nichterfüllung gegenüber dem Sachverständigenbericht vorliege. Außerdem traten die beiden Engländer nachdrücklich dafür ein, daß die Londoner Konferenz ein gemeinschaftliches feierliches Versprechen ablegen solle, niemals Sanktionen seitens eines einzelnen Staats vornehmen zu lassen. Darüber kam es zum lebhaftesten Streit. Man rief Mac Donald zu Hilfe, der ein Offizier mit Herriot und Theunis veranlassen mußte, um eine Einigungsformel zu finden. Die Formel, die man sich abquälte, ist das Letzte von innerem Widerspruch, das sich denken läßt. Sie hebt im zweiten Satz auf, was sie im ersten zugibt. Mit solchen Herriotischen Zugeständnissen wird auch die Vollkonferenz nichts anfangen können. Kommt es nicht zur Einigung, so hat es auch gar keinen Sinn, über den unparteiischen Amerikaner zu streiten, der für die Entscheidungen der Entschädigungskommission zugezogen werden soll, oder gar darüber zu streiten, wer ihn ernennen soll, die Washingtoner Regierung oder der Haager Gerichtshof oder wer sonst. Erst muß die Londoner Geschäftswelt und der internationale Geldgeber wissen, ob Frankreich das Geschäft oder die Gewalt will.

Im zweiten Ausschuss, der die Räumungsfrage zu behandeln hat, herrschte ein ähnlicher Zwiespalt. Der französische Vorsitzende Seydoux hatte eine Denkschrift ausgearbeitet, die nicht nur bei den Engländern, sondern auch bei den Belgiern größtes Mißfallen erregte. Theunis sprach den Franzosen in einer vorhergehenden Unterredung mit Herriot das Recht ab, einen selbständigen Räumungsvorschlag auszuarbeiten, da das Ruhrabenteuer ja ein gemeinschaftliches Unternehmen Belgiens und Frankreichs gewesen sei. Seydoux erhielt den Antrag, einen neuen, abgeänderten Vorschlag aufzusetzen. Aber der Riß ist da und wird von der Vollkonferenz, wie gesagt, ohne die Amerikaner nicht gestiftet werden können.

Der dritte Ausschuss endlich hatte sich den Kopf darüber zu zerbrechen, was an Stelle des Industrieabkommens treten soll und welche Sachlieferungen für jeden Verbündeten am wichtigsten sind. — Dinge und Sorgen, die sich vorerst gar nicht entscheiden lassen, ehe nicht die Vollkonferenz zu einer grundlegenden Beschlusfassung gekommen ist. Diese Sachratsbeschlüsse wird aber erst die nächste Woche bringen.

Die Räumungsfrage

Mac Donald, Herriot und — Barthou

Man schreibt uns aus parlamentarischen Kreisen: Am nächsten Dienstag, 22. Juli, wird nicht nur der Reichstag,

Tagesspiegel

Dem Reichstag ist der Gesetzentwurf zugegangen, der die Zahl der Reichstagsabgeordneten von gegenwärtig 471 auf 399 abbaut.

Wie man aus Regierungskreisen hört, haben die Bemühungen der Reichsregierung für eine Würdigung des deutschen Standpunkts in der Gutachterbehandlung bei den Verhandlungen keinen unmittelbaren Erfolg gehabt.

Der Verfassungsausschuss des bayerischen Landtags nahm den Antrag der Bayerischen Volkspartei auf Änderung des § 92 der bayerischen Verfassung an, daß Änderungen an der Verfassung nur beschloffen werden können, wenn zwei Drittel der gesetzlichen Mitgliederzahl des Landtags anwesend sind und wenigstens zwei Drittel der Anwesenden zustimmen.

Das englische Unterhaus nahm das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung an mit der Abänderung, daß die Löhne auch an solche Arbeiter bezahlt werden sollen, die unfreiwillig arbeitslos werden, durch einen Streik, an dem sie sich nicht beteiligen.

Die kanadische Regierung forderte telegraphisch das Recht, auf der Londoner Konferenz vertreten zu sein wie auf der Konferenz in Versailles und in Washington. Man glaubt, daß aus der Frage der Vertretung der Dominions noch große Schwierigkeiten entstehen können.

In Teheran (Persien) ist der amerikanische Konsul vom Straßenpöbel erschlagen worden.

Sondern auch dessen Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten zu neuen Verhandlungen zusammentreten. Ist bis dahin von der Londoner Tagung der Verbündeten ein greifbares Ergebnis zu erwarten? Wir glauben nicht. Nachdem Paris und London sich vorher zweimal feierlich verständigt, nachdem alle Regierungen der Entente sich zwanzigmal des gegenseitigen Vertrauens versichert haben, ist es bis jetzt in den fleißig tagenden Ausschüssen der Konferenz nicht gelungen, auch nur in einer einzigen der großen Streitfragen eine Klärung, geschweige denn eine Uebereinstimmung zu erzielen. Das gewaltige Pressekonzert, das die Tagung begleitet, ist ein mißtonendes Durcheinander von Enttäuschungen und Vorwürfen. Jede Stimme kommt nicht nur aus einer anderen Welt, sondern auch aus einer anderen Weltanschauung, und das einzig gemeinsame ist die Redensart, daß der Dawesplan durchgeführt werden müsse, weil er die Schicksalsfrage für Europa sei.

Auch der englische Ministerpräsident hat diese Redensart in seiner Ansprache in der ersten Vollsitzung der Konferenz gebraucht. Ramsay MacDonald fügte allerdings hinzu, daß zu den wesentlichen Bedingungen des Gelingens gehöre: erstens die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands und zweitens die Schaffung von Sicherheiten für die Zeichner der Anleihe. Aus diesen Worten scheint man an maßgebender Regierungsstelle in Berlin einige Hoffnung schöpfen zu können insofern, als man annimmt, daß der britische Arbeiterführer nach einigen poincaristischen Umwandlungen bei seiner Pariser Rettungsreise in London wieder zu seinem alten Standpunkt zurückgekehrt sei. MacDonald spricht neuerdings zwar nur mehr von der wirtschaftlichen Räumung des Ruhrgebietes, nicht von der militärischen. Er schont die Empfindlichkeit der Franzosen. Aber er erwähnt auch nicht mehr die Sicherheit Frankreichs, sondern kennt nur noch die Sicherheit für die Kapitalisten.

Auf der Londoner Konferenz ist nachgerade viel mehr von der Entschädigungskommission und ihren Aufgaben, als von dem Dawesgutachten und seinen Formen die Rede. Bei allen Auseinandersetzungen herrscht auf französischer Seite, wenn nicht der Geist Poincarés, so doch der heimliche Wille Barthous, des Vorsitzenden der Entschädigungskommission. Louis Barthou aber ist der Freund Poincarés, man darf wohl sagen, der Vollstrecker des Poincaréschen Erbes. Ministerpräsident Herriot, der mit vollen Segeln seiner Berühmungslosigkeit nach London fuhr, hat in der Räumungsfrage schon lange keine freie Hand mehr. Er ist gebunden durch die Politik Barthous.

Barthou behauptet, das Sachverständigengutachten verlange zwar die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Einheit des Deutschen Reichs, aber mit keiner Silbe, mit keinem Komma die Räumung der Ruhr. Sollte sich Herriot dieser Barthouschen Auslegung des Dawesgutachtens bereits gefügt haben? Wird ihm Mac Donald nicht endlich den ursprünglichen englischen Standpunkt entgegenstellen? Und was gedenkt der deutsche Außenminister in der fürchtbaren Gefahr, die seiner Politik droht, dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstags zu sagen?

Die Londoner Konferenz

Französische Fortschritte

London, 20. Juli. Im ersten oder „politischen“ Ausschuss

wurde von der französischen Vertretung ein Vorschlag für die Sanktionen vorgelegt. Die englischen Mitglieder verlangten, daß der Entwurf ins Englische übersetzt werde. Es wurde ferner beschlossen, daß das amerikanische Mitglied der Entschädigungskommission 30 Tage nach Annahme des Entwurfs von der Entschädigungskommission auf die Dauer von 5 Jahren ernannt werde. Wiederwahl ist zulässig. Die Ernennung muß einstimmig erfolgen. Als nun über die Verfehlungen und Sanktionen gesprochen wurde, traten die Gegenläufe zutage. Nach dem englischen Vorschlag sollten außerhalb des Rheinlands überhaupt keine Befehlungen mehr stattfinden. Die Franzosen lehnten diese Fassung ab, da sie auf die Handlungsfreiheit Frankreichs nicht verzichten wollten. Die Amerikaner machten einen Vermittlungsvorschlag, der Frankreich ein gewisses Ausnahmerecht einräumt. Die Engländer zogen ihren Vorschlag zurück und stimmten für den amerikanischen Antrag, der aber den Franzosen noch nicht weit genug geht. Die Beratungen wurden auf Samstag vertagt.

Der dritte Ausschuss hat die Fragen der Sachlieferungen und Ueberweisungen der Barzahlungen bis auf einige Einzelheiten erledigt.

Der amerikanische Vermittlungsvorschlag

London, 20. Juli. Die amerikanischen Vertreter machten im ersten Konferenzauschuss zur Sanktionsfrage folgenden Vorschlag:

Die Verbündeten enthalten sich aller Sanktionen, die die Interessen der Geldleiher beeinträchtigen könnten. Sie verpflichten sich, daß, wenn Sanktionen angewendet werden, der Dienst der Anleihe weiterhin gesichert wird und daß die Sanktionen mit den Empfehlungen des Dawesplans übereinstimmen.

Unter Zugrundelegung dieser Vorschläge wurde von Poincaré della Rocca eine neue Formel unterbreitet, wonach der private amerikanische Bürger, den man in die Entschädigungskommission wählen wird, im Zusammenhang mit einer deutschen Verfehlung zurücktreten kann, wenn zu irgend einer Zeit Amerika eine volle Mitgliedschaft in der Kommission geltend macht. Um den Dienst der Anleihe von 800 Millionen Goldmark sicherzustellen, erklären die verbündeten Mächte, daß im Fall von Sanktionen der Dienst dieser Anleihe von ihnen als erste Hypothek angesehen wird. Unter Berücksichtigung der formalen Bestimmungen werden alle Rechte, die die am Friedensvertrag beteiligten Mächte augenblicklich unter dem Vertrag genießen, vorbehalten. (Also: Frankreich kann nach wie vor tun, was es will.)

General Castelnau berufen

Strasbourg, 20. Juli. Die Straßburger Neue Zeitung meldet aus Paris, Kriegsminister Nollet habe den General Castelnau telegraphisch nach London berufen. Es soll sich um Nebenverhandlungen mit England über die Dauer der Besetzung handeln. Man hofft, England für den französischen Standpunkt zu gewinnen, daß die Räumungsfrist für das Rheingebiet noch nicht zu laufen begonnen habe.

Havas stellt im amtlichen Bericht fest, daß die französischen Anträge auf der Londoner Konferenz immer mehr an Boden gewinnen. Die Verhandlungen der amerikanischen Minister Hughes und Mellon mit französischen und italienischen Vertretern über die Rückzahlung der Kriegsschulden nehmen ihren Fortgang.

Um die Zulassung Deutschlands

Paris, 20. Juli. „Ere Nouvelle“ berichtet, Mac Donald und Herriot haben über die Zulassung Deutschlands zur Konferenz gesprochen. Mac Donald wünsche die bedingungslose Zulassung, Herriot dagegen wolle sie nur unter den gleichen Bedingungen wie in Versailles genehmigen. — Deutschland soll also stumm das Diktat anhören und unterzeichnen. Wer wird nachgeben?

Neue Nachrichten

Die Deutschnationalen lehnen das Gutachten ab

Berlin, 20. Juli. In einer Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion wurde ausgesprochen, dem Ergebnis der Londoner Konferenz könne man nur mit ernster Sorge entgegensehen. Deutschland, das nicht geladen sei, stehe wieder vor einem Diktat der Verbandsmächte, das dem deutschen Volk schwerere Lasten aufbürde als der Vertrag von Versailles, dazu das Opfer seiner Selbständigkeit, ohne daß es eine Sicherheit für die Befreiung von Rhein und Ruhr erhalte und daß weitere Vergewaltigungen in Zukunft ausgeschlossen seien. Die deutschnationale Fraktion sei nicht gewillt, einem solchen Abkommen zuzustimmen.

Gegen den Achtstundentag

Berlin, 20. Juli. Die Vereinigung der leitenden Angestellten erklärt sich entschieden gegen den Beschluß der Gewerkschaften, einen Volkseinstieg über den achtstündigen Arbeitstag herbeizuführen. Bei den Lasten, die das Sachverständigen-Gutachten dem deutschen Volk aufbürde, könne



